

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Stefan Schlede (CDU)

vom 20. November 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. November 2013) und **Antwort**

Firmen der Freien Universität Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat das vom Landesrechnungshof vor einiger Zeit kritisierte Handeln der FU bezüglich ihrer Firmen?

Zu 1.: Der Senat ist der Auffassung, dass der Umgang der Freien Universität mit ihren Gesellschaften oder Gesellschaftsanteilen sehr differenziert zu betrachten ist. Grundsätzlich gilt, dass jede wirtschaftliche Unternehmung ein Risiko für die Zukunft darstellt, weil die Entwicklung der Märkte nicht sicher prognostizierbar ist. Hinzu kommt, dass verschiedene Unternehmungen nicht allein, oder gar nicht, Gewinnziele, sondern andere Zwecke verfolgen. Die Freie Universität Berlin ist gleichwohl gehalten, ihr Beteiligungsmanagement weiter zu verbessern.

2. Sind die Unregelmäßigkeiten der FU-Firmen inzwischen geklärt und/oder abgestellt?

Zu 2.: Der Begriff der „Unregelmäßigkeit“ ist in Bezug auf die Unternehmensbeteiligungen der Freien Universität Berlin irreführend, da er eine deutliche Regelwidrigkeit impliziert. Der Rechnungshof hat jedoch im Kern moniert, dass Unternehmensziele nicht eindeutiger definiert und Aufgabeüberlegungen nicht frühzeitiger ange stellt worden sind, mithin ein kaufmännisches Ermessen glücklicher hätte ausgeübt werden können. Die Zahl von 645 Firmeninsolvenzen in Berlin im ersten Halbjahr 2013 zeigt, dass Fehleinschätzungen über zukünftige Marktentwicklungen in einer freien Marktwirtschaft vorkommen können. Inzwischen hat die Freie Universität Berlin ihre Anteile an der Deutschen Universität für Weiterbildung und der ipal-GmbH veräußert, bzw. zurückgegeben.

Berlin, den 29. November 2013

In Vertretung

Dr. Knut Nevermann
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Dez. 2013)